Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

26. Januar 2026

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Zündet Remchingen künftig öfter den Bauturbo? Rechtsanwalt Johannes Kneer erläuterte dem Gemeinderat am Donnerstagabend die Hintergründe des im Oktober vom Bundestag beschlossenen Gesetzes, das die Handlungsspielräume von Gemeinden deutlich erweitert und Genehmigungsverfahren für private Bauherren beschleunigt. Kommt der Turbo zur Anwendung – worüber die Gemeinde im Einzelfall entscheiden kann – kann in vielen Fällen im Innen- oder räumlich zusammenhängenden Randbereich zusätzlicher Wohnraum innerhalb einer dreimonatigen Prüfphase ohne Aufstellung oder Änderung eines Bebauungsplans entstehen, sofern keine erheblichen Umwelt- oder Nachbarschaftsbelastungen entstehen. Durch die im Kern bis 2030 befristete Regelung erhofft sich Remchingen dort, wo sie zur Anwendung kommt, insbesondere schnellere Prozesse bei der Wohnbauverdichtung im innerörtlichen Bereich, etwa beim Lückenschluss oder Bauen in zweiter Reihe, so Bürgermeisterin Julia Wieland. Als Beispiel nannte Bauamtsleiter Markus Becker den jüngst aufgestellten Bebauungsplan für die rückwärtige Wohnbebauung eines Grundstücks Am Rannbach in Nöttingen: „Mit dem Turbo wäre die Genehmigung für den Bauherren anstatt in anderthalb Jahren in drei Monaten erledigt gewesen.“ Für die Gemeindeverwaltung selbst sei der Turbo mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden – je nach Informationsbedarf, den ein Bauantrag offenlässt.

„Die neue Regelung heißt nicht, dass Bauherren weniger einhalten müssen, sondern dass weniger geprüft wird. Schnelligkeit steht vor Gründlichkeit mit dem Ziel: bauen, bauen, bauen“, verdeutlichte Kneer und empfahl dem Gremium, sich rechtzeitig vor den ersten Anträgen Gedanken zu machen, wo die Regelung in Frage kommt. Schließlich könne die Einzelfallentscheidung weitreichender sein, wenn Nachbarn mit ähnlichen Begehren folgen. Die Erschließung von Infrastruktur und Straßen sei damit jedoch nicht abgedeckt, erfuhr Klaus Fingerhut (Grüne). Ute Praefcke (Bürgerliste) appellierte, dass es im Interesse der Nachbarn auch sinnvoll sein könne, auf eine Bebauung in zweiter Reihe zu verzichten: „Wir können nicht wie in Spanien bauen: Hier ein Haus, da ein Haus.“ Daraufhin unterstrich Kneer, dass

sich an der Entscheidungsbefugnis der Gemeinde ebenso wie am Nachbarschaftsrecht nichts ändere. Mehr Spielraum gebe der Turbo auch für Wohnen in Gewerbegebieten. Auf Nachfrage erklärte Kneer, dass sich Gewerbebetriebe im Einzelfall aktiv gegen heranna-hende Wohnbebauung wehren müssten, wenn sie spätere Einschränkungen des bestehen-den Betriebs befürchten.

Entscheidung über Energiemanagerstelle vertagt

Mehrheitlich vertagt hat das Gremium dagegen weitere Schritte zur Einführung eines kommunalen Energiemanagementsystems. Nach einem Grundsatzentschluss im Jahr 2024 schlug die Verwaltung vor, eine dreijährige Projektstelle zu schaffen, die in zwölf kommunalen Objekten wie dem Rathaus, der Kulturhalle, den Schulen und kommunalen Kitas sowie bei der Straßenbeleuchtung und Wasserversorgung Erhebungen zum Verbrauch durchführen, mithilfe einer Software Einsparpotenziale entwickeln und umsetzen soll. Für das Projekt hat die Gemeinde bereits eine Förderzusage über 70 Prozent erhalten, sodass über die drei Jahre ein Eigenteil von rund 100.000 Euro verbleiben würde. Dieser amortisiere sich jedoch schon in den drei Jahren, wenn fünf Prozent der Energiekosten eingespart werden können, rechnete Rathausmitarbeiterin Meike Walch: Die gesamten Energiekosten der genannten Bereiche betragen jährlich 719.000 Euro.

Die Freie Wählervereinigung sprach sich gegen eine Personalstelle und für einen externen Dienstleister aus, der ebenso zu gewissen Teilen gefördert werden könne. Einige SPD-, CDU- und Bürgerliste-Räte schlossen sich mit Blick auf die Haushaltslage und die geforderte Erfahrung an. Walch und Wieland plädierten derweil für eine eigene befristete Stelle, wofür auch die Erfahrung anderer Kommunen spreche: „Jemand eigenes hat mehr Motivation, den Kolleginnen und Kollegen bei der Umsetzung auf die Füße zu stehen“, unterstrich Wieland. Klaus Fingerhut (Grüne) beantragte schließlich eine Vertragung zur Einholung konkreter externer Angebote. Bis Ende September muss sich die Gemeinde entscheiden, sonst verfällt die Förderung.

Remchingen interessiert sich für Sportstätten-Förderung

Im Umlaufverfahren hat der Remchinger Gemeinderat dieser Tage Interesse am bundesweiten Förderprogramm kommunaler Sportstätten bekundet, informierte die Bürgermeisterin. Damit ziele die Gemeinde auf eine mögliche Vereinsförderung des FC Alemannia Wilferdingen ab, der seinen Kunstrasenplatz ertüchtigen und eine barrierefreie Zuwegung schaffen wolle, erklärte Wieland auf Nachfrage.

Auf Anregung von Alexander Schwenk (FWV) in der Dezembersitzung habe Wieland den Betreiber eines Snackautomaten an der Wilferdinger Hauptstraße gebeten, künftig keinen Alkohol mehr zu verkaufen. Ein Tabakverkauf lasse sich bei entsprechender Altersüberprüfung der Käufer nicht verbieten. Außerdem informierte sie über geplante Rückschnittarbeiten im Bereich des Nöttinger Striesterwegs.

Der Remchinger Gemeinderat Klaus Fingerhut (Grüne) regte an, an der Kreuzung der Straße Im Grund und der Pforzheimer Straße in Wilferdingen wieder einen Verkehrsspiegel anzubringen. Seine Fraktionskollegin Gabriele Ulrich verwies auf einige mutwillig zerstörte Wahlkampfplakate anderer Parteien und erinnerte, dass dies eine Straftat sei.

Eltern monieren Essensangebot und Kita-Kosten

„Teurer und weniger Bio“: Nachdem ein Vater der kommunalen Kita Mosaik in Singen bei der vergangenen Ratssitzung im Dezember das neue Mensakonzept moniert hatte und nach der Beteiligung der Eltern fragte, antwortete Bürgermeisterin Wieland nun, dass es bereits im Oktober 2022 einen runden Tisch mit Eltern zwar verstärkt aus dem Schul-, aber auch aus dem Kitabereich gegeben habe. Das neue Mensakonzept, mit dem alle Schulen und kommunalen Kitas seit Januar vom neuen Campus in Wilferdingen aus versorgt werden, sei nach Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erstellt und beinhalte 30 Prozent Frisch- und 20 Prozent Bioware. Dass Remchingen Kinderfreundliche Kommune sei, habe mit Kinderrechten, nicht mit den Kosten der Essensversorgung zu tun, die noch dazu im Enzkreisvergleich nicht besonders hoch seien. Zudem trage die Gemeinde die Personal- und Betriebskosten der Essensversorgung.

Daraufhin meldeten sich drei andere Eltern aus Singen aus dem Zuhörerbereich zu Wort. Ein Vater von drei Kinder bemängelte eine geringe Essenauswahl von nur noch zwei anstatt ihm zufolge bisher acht Gerichten am Gymnasium. In der Krippe koste ein Essen 4,74 Euro – am Gymnasium 5,24 Euro, was er für unverhältnismäßig halte. Über monatlich rund 800 Euro Betreuungs- und Mittagessensgebühr inklusive Essensversorgung für zwei Kinder klagte eine Mutter: „Für eine Familie, die vielleicht noch ein Haus sucht, ist das verdammt schwierig.“ In Remchingen betragen die Betreuungskosten für Kinder ab drei Jahren monatlich 159 Euro für die Regel- und 400 Euro für die Ganztagesbetreuung, für jüngere Kinder je nach Alter in der Krippe 377 bis 471 und ganztags 518 Euro. Für Geschwisterkinder gibt es Rabatte. Außerdem wünschte sie sich eine Instandsetzung und Neugestaltung des Spielplatzes an der Bergschule, damit möglichst im Frühjahr alle Altersgruppen dort spielen können – möglichst bis zum Frühjahr. Ein Spielplatzkonzept für die ganze Gemeinde sei bereits in Gange, antwortete Wieland – der Zeitraum bis zum Frühjahr sei jedoch zu kurz für eine

Neugestaltung. Ein Vater erfuhr von Amtsleiterin Britta Hoffmann, dass der Kindergarten am neuen Campus nicht weniger, sondern aufgrund seiner Größere flexiblere Schließtage im Jahr hat: „Auch Kinder brauchen Urlaub.“

Julian Zachmann